

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Bundesfinanzen - Erziehungsrente - Privatisierung - Überstundenabbau - EUREKA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1986) : Kurz kommentiert: Bundesfinanzen - Erziehungsrente - Privatisierung - Überstundenabbau - EUREKA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 7, pp. 325-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136174>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesfinanzen

Konsolidierung auf dem Prüfstand

Der Entwurf zum Bundeshaushalt 1987 und zum Finanzplan 1986-1990 wurde am 1. Juli vom Kabinett verabschiedet. Für das kommende Jahr ist eine Steigerung der Ausgaben um 2,9% auf 271 Mrd. DM vorgesehen. Die Nettokreditaufnahme soll um 600 Mill. DM auf 24,3 Mrd. DM, 1988 sogar um 1,7 Mrd. DM auf 26 Mrd. DM zunehmen. Die Zunahme der Neuverschuldung ist aus dem Rückgang der Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn zu erklären, die bislang den Konsolidierungserfolg überzeichnet haben, sowie aus der 2. Stufe der Steuerentlastung 1988.

Ist der Anstieg der Neuverschuldung ein erstes Zeichen für ein Aufweichen der bisher erfolgreichen Konsolidierungspolitik? Haushaltskonsolidierung kann nicht allein an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme gemessen werden. Die Grundbedingung der Konsolidierungspolitik besteht darin, den Zuwachs der Ausgaben deutlich unter dem des nominalen Sozialprodukts zu halten. Der Haushalts- und Finanzplanentwurf zeigt die Absicht, an dieser finanzpolitischen Linie weiterhin festzuhalten.

Die jährliche Zuwachsrate der Ausgaben soll auch bis 1990 unter 3% bleiben, um dadurch die Nettokreditaufnahme auf 22 Mrd. DM zu senken und finanziellen Spielraum für weitere Steuersenkungen zu gewinnen. Die Strategie des Bundesfinanzministers, wachstumspolitisch notwendige Steuersenkungen erst anzusparen, verstärkt allerdings gleichzeitig den Druck der Ressortkollegen und des Parlaments, diesen Spielraum für neue Ausgaben und Wohltaten zu verwenden. Geldverteilen ist in letzter Zeit wieder populär geworden. Würde man geplante Steuerreformen sozusagen im Vorgriff auf weitere Konsolidierung vorziehen – z. B. die 2. Stufe der Steuersenkung auf 1987 und die weiteren Steuerentlastungen deutlich vor 1990 –, wäre neuen Ausgabenforderungen der Boden entzogen. ws

Erziehungsrente

Teures Wahlgeschenk

Nach einem Koalitionskompromiß von Anfang Juli sollen in Zukunft auch die vor 1921 geborenen Mütter ein monatliches Erziehungsgeld von rund 26 DM pro Kind erhalten. Diese Zahlung wird den Jahrgängen 1906 und früher ab dem 1. 10. 1987 zugute kommen; bis zum Ok-

tober 1990 sollen alle Geburtsjahrgänge vor 1921 stufenweise einbezogen werden. Diese Lösung ergänzt die 1985 beschlossene und seit Anfang 1986 wirksame Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung („Babyjahr“), die die Jahrgänge vor 1921 ausdrücklich ausschloß.

Damit ist die Ungleichbehandlung der verschiedenen Jahrgänge zwar nicht beseitigt worden, doch hat die Politik unter dem Eindruck von Wahlen ihr Argument von 1985, Leistungen für die Jahrgänge vor 1921 seien nicht zu finanzieren, selbst ad absurdum geführt. Die jetzt beschlossenen Leistungen werden den Bundeshaushalt bis zum Jahre 1991 mit rund 9,4 Mrd. DM belasten, und sie werden bis Mitte der 90er Jahre teurer sein als das „Babyjahr“ für die nach 1920 Geborenen: 1991 beispielsweise wird das „Babyjahr“ die Rentenversicherung voraussichtlich 2,5 Mrd. DM kosten, während die Zahlungen für die Jahrgänge vor 1921 3,3 Mrd. DM betragen werden. Unklar bleibt gegenwärtig, ob auch die zahlreichen Sozialhilfeempfängerinnen im Rentenalter vom Erziehungsgeld profitieren oder ob hier die Anrechnungsvorschriften des Sozialhilferechts greifen werden.

Man mag sich fragen, ob die für das Babyjahr und nunmehr den Kinderzuschlag bewilligten Mittel nicht sinnvoller hätten verwendet werden können. Wenn die Politik der Versuchung, die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung direkt oder indirekt zweckzuentfremden, schon nicht widerstehen kann, so hätte eine gezielte Verbesserung der Lage einkommensschwacher Rentnerhaushalte oder aber junger Familien nähergelegen als ein unsystematisches Kindergeld für Rentnerinnen. Die eigentliche politische Aufgabe, die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau im Rahmen einer Rentenstrukturreform, wird jedenfalls mit solchen Wahlgewinnen einer Lösung nicht näher gebracht. er

Privatisierung

Haushalts- oder Ordnungspolitik?

Für den Januar 1987 hat der Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die Totalverkäufe der Bundesanteile von VEBA und VW angekündigt. Dieser überraschende Coup soll das bisher kaum realisierte Wahlversprechen von 1983, wonach die Privatisierung von Bundesbeteiligungen forciert werden soll, doch noch wahr machen.

Aufgrund der politischen Widerstände, die sowohl in den eigenen Reihen der Union als auch auf Seiten der Gewerkschaften sowie innerhalb der betroffenen öffent-

lichen Unternehmen massiv spürbar waren, konnte die Regierung ihre ordnungspolitischen Vorstellungen jedoch nicht in der zunächst geplanten Form durchführen. Zwar werden nun durch die Totalverkäufe ordnungspolitische Ziele erfüllt, der Staat mischt sich nicht mehr direkt ins Auto-, Chemie-, Strom- und Ölgeschäft, was durchaus positiv ist. Die Staatsausgabenseite läßt jedoch an der Ernsthaftigkeit dieser Politik zweifeln: Steigen doch, trotz gegenteiliger Vorgaben, die Subventionen kräftig weiter.

Der Zeitpunkt der Aktion legt zudem den Verdacht nahe, daß haushaltspolitische, kurzfristige Kriterien die entscheidendere Rolle spielen. Die Verringerung des Bundesbankgewinns und die spärlich fließenden Steuereinnahmen führen zu Engpässen auf der Einnahmenseite. Da die Neuverschuldung – nicht zuletzt auch aus wahlpolitischen Gründen – möglichst gering gehalten werden sollte, könnte der einmalige Privatisierungserlös in Höhe von 4,5 Mrd. DM gute Dienste leisten. Ob die Grundideen der sozialen Marktwirtschaft das alleinige offizielle Motiv dieser Privatisierungsaktion sind, bleibt daher wohl mehr als fraglich. cw

Überstundenabbau

Schritt in die falsche Richtung

Nordrhein-Westfalen hat kürzlich im Bundesrat einen Gesetzentwurf zum Abbau von Überstunden eingebracht. Danach sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer daran gehindert werden, bezahlte Überstunden zu vereinbaren; soweit Überstunden notwendig sind, sollen sie in Freizeit ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck sollen bezahlte Überstunden für die Unternehmen prohibitiv verteuert werden. Die Löhne sollen bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns nicht als Kosten abgezogen werden dürfen.

Ziel der Maßnahmen ist die Schaffung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze. Ihre Zahl wird auf bis zu 200 000 geschätzt; das wären ein Viertel der sich aus jährlich 1,5 Mrd. Überstunden rein rechnerisch ergebenden 800 000 Stellen. Überstunden bilden aber nur begrenzt ein Potential für zusätzliche Arbeitsplätze. Die genannte Größenordnung erscheint jedenfalls als optimistisch, nachdem in den letzten 15 Jahren die Überstundenzahl schon beträchtlich reduziert worden ist. Im Aufschwungsjahr 1985 wurden weniger als halb so viel Überstunden geleistet wie in den Zeiten der Hochbeschäftigung im Jahre 1970.

Vor allem aber erscheint die angestrebte gesetzliche Verteuierung und Reglementierung nicht als geeigneter

Weg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die damit verbundene Erhöhung der Arbeitskosten, die geringere Beweglichkeit der Unternehmen in der Anpassung an zusätzlichen Arbeitsanfall und die Bürokratisierung gefährden bestehende Arbeitsplätze. Zur Verbesserung der Beschäftigungslage sind eine Verminderung der gesetzlichen Arbeitskosten und ein Abbau von Reglementierungen nötig. Hier muß der Gesetzgeber tätig werden. Die Verantwortung für Überstundenregelungen sollten weiterhin die Tarifpartner tragen. sp

EUREKA

Widerlegte Skeptiker?

Anfang des Monats haben die nunmehr neunzehn an der europäischen Forschungskooperation EUREKA beteiligten Länder und die EG-Kommission mit der dritten Ministerkonferenz in London ihre einjährige Gründungsphase abgeschlossen. Auf der Konferenz wurden zusätzlich zu den bereits früher beschlossenen 19 Projekten weitere 62 Forschungsvorhaben mit geschätzten Kosten in Höhe von 4 Mrd. DM bewilligt. Die Bundesrepublik ist an vier älteren und fünfzehn neuen Vorhaben beteiligt. Der deutsche Anteil an den neuen Projekten wird mit 625 Mill. DM beziffert, wovon der Bund 485 Mill. DM bis 1995 bereitstellen will. Für die vier älteren EUREKA-Projekte, an denen deutsche Vertragspartner beteiligt sind, hat der Bund bereits 286 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Die Bundesmittel sollen durch Umschichtungen im Etat und nicht zusätzlich aufgebracht werden. Zudem betont Bundesforschungsminister Riesenhuber, daß keineswegs alle EUREKA-Projekte subventioniert würden und daß die Forschungsvorhaben komplementär zur übrigen Forschung in der EG angelegt seien.

Von den neunzehn EUREKA-Projekten, an denen deutsche Partner beteiligt sind, betreffen sechzehn industrielle Kooperationen, zwei den Umweltschutz und eins die Verkehrsinfrastruktur. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt halten einige Politiker die Zweifel derjenigen Skeptiker für widerlegt, die insbesondere die Subventionierung marktnaher Forschung und Entwicklung angesichts bisheriger Erfahrungen, z. B. mit dem Airbus, für einen Irrweg halten. Die Ziele der Forschungskooperationen lassen sich auch ohne Subventionen erreichen, wenn man vorrangig Handelshemmnisse beseitigt und den bürokratischen Wildwuchs zurückschneidet. Die für EUREKA veranschlagten Mittel sind bisher zwar noch vergleichsweise bescheiden, aber die den Subventionen eigene Dynamik läßt in Zukunft eine erhebliche Überschreitung des gegenwärtigen Finanzrahmens befürchten. hn